Unternehmen in Berlin und Brandenburg erwarten ein mageres Jahr

12.01.24

Unternehmen in Berlin und Brandenburg erwarten ein mageres Jahr

2024 mangelt es in vielen Branchen an konjunkturellen Impulsen - Schirp: Brauchen endlich weniger Bürokratie und schnellere Verwaltungen

Die Wirtschaft in der Hauptstadtregion geht mit sehr zurückhaltenden Erwartungen ins neue Jahr. Anhaltende Inflation, schwache Nachfrage und die Unsicherheit durch Kriege und Konflikte sorgten für Zurückhaltung und Unsicherheit. „Hinzu kommen hausgemachte Standortprobleme wie teure Energie, langsame Planungs- und Genehmigungsprozesse und zu viel Bürokratie“, sagte Alexander Schirp, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), am Dienstag bei einem Pressegespräch der Spitzenorganisation. „Gute Voraussetzungen für eine spürbare Erholung der Konjunktur sind das jedenfalls nicht. Wir müssen uns auf ein dürftiges 2024 einstellen.“

In nahezu allen wichtigen Branchen in Berlin und Brandenburg mangele es an Dynamik und Impulsen. „Vielen Sparten der Industrie fehlen neue Aufträge. In der Bauwirtschaft ist das Geschäft angesichts der hohen Zinsen drastisch zurückgegangen. Die Chemie kämpft mit den hohen

Energiepreisen.

Höhere Steuern und Abgaben machen vielen Branchen zu schaffen, vor allem der Gastronomie und der Transportbranche. Und die Verbraucher halten sich angesichts der Inflation zurück – mit Folgen für viele konsumnahe Bereiche“, befand Schirp.

Quellen: IW-Prognose 2023 und 2024 für Deutschland, UVB-Schätzung für Berlin und Brandenburg

Brandenburg beim Wachstum in der Spitzengruppe

Ein Lichtblick sei die dynamische Digitalbranche in Berlin. Zum anderen sorge in Brandenburg die Elektromobilität weiter für überdurchschnittliche Zuwächse. „Dank des Tesla-Effekts dürfte Brandenburg wie schon 2023 beim Wirtschaftswachstum in der Spitzengruppe der Bundesländer liegen“, prognostizierte der Hauptgeschäftsführer.

„Wir rechnen mit einer um zwei bis drei Prozent höheren Wirtschaftsleistung.“ Berlin könne auf

etwas mehr als ein Prozent kommen. „Gemessen an früheren Jahren bleibt die Hauptstadt damit unter ihren Möglichkeiten.“ Daher entstehen nach UVB-Einschätzung auch nur wenige neue sozialversicherungspflichtige Stellen – gut 20.000 in Berlin und 3.500 in Brandenburg.

Quelle: IAB

Mit Blick auf die anstehenden Wahlen zum Europaparlament und zum Landtag in Brandenburg unterstrich Schirp, wie sehr die Wirtschaft auf Toleranz und Weltoffenheit angewiesen sei. „Wir treiben Handel mit Kundinnen und Kunden aus 200 Ländern. Zudem brauchen wir zusätzliche Fachkräfte, um unseren Wohlstand zu sichern. Das verträgt sich nicht mit einer politischen Agenda, die von Intoleranz und Ausgrenzung geprägt ist.“

Der Spitzenverband mahnte die politisch Verantwortlichen angesichts der schwierigen Wirtschaftslage, die Weichen anders zu stellen. „Zähe Prozesse und langsame Ämter machen den Firmen schwer zu schaffen. Wir brauchen endlich spürbare Fortschritte und weniger bürokratische Fesseln. Das wäre ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif.“

Dies sei auch wichtig mit Blick auf die Energiewende, erklärte Schirp weiter. „Berlin hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt bei der Klimaneutralität. Leider fehlt es an einem klaren Fahrplan zur Dekarbonisierung für die kommenden Jahre.“ So müsse die Kapazität des Stromnetzes dringend ausgebaut werden. Hinzu komme der Umbau Fernwärme hin zu erneuerbaren Energien. „Der Senat will beide Bereiche wieder unter seine Kontrolle bringen. Jetzt muss er auch die nötigen Investitionsmittel für die Transformation sicherstellen“, sagte Schirp.

Die Unternehmen bräuchten Klarheit über die Energieversorgung der Zukunft. Sie seien aber auch als Partner an einem Gelingen der Energiewende interessiert. „Die Unternehmen in der Hauptstadtregion können Dekarbonisierung und bieten hervorragende Lösungen für diesen Bereich. Jetzt muss die Politik ihre Fähigkeiten auch nutzen“, appellierte Schirp.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ausblick 2024 - Charts

UVB-Prognose

So dürfte sich die Region entwickeln

Download (440 KB)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF